



Städtetag NRW | Gereonstraße 18-32 | 50670 Köln

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen
Frau LMR'in Carola Holzberg

Carola.Holzberg@mkffi.nrw.de

CC:

Finanzministerium, MR Dr. Frömgen
Peter.froemgen@fm.nrw.de

21.04.2022/koe

Vorschlag zur Verteilung der für eine pauschale Auszahlung vorgesehenen Bundesmittel für die Unterbringung und Betreuung ukrainischer Flüchtlinge; Videokonferenz des MKFFI und des FM mit den kommunalen Spitzenverbänden vom 20.04.2022

Kontakt
Friederike Scholz
friederike.scholz@staedtetag.de
Gereonstraße 18-32
50670 Köln

Telefon 0221 3771-440
Telefax 0221 3771-409

www.staedtetag-nrw.de

Aktenzeichen
50.70.00 N

Sehr geehrte Frau Holzberg, liebe Carola,

vielen Dank für die Möglichkeit, zu dem in dem o.g. Gespräch erörterten Vorschlag für die pauschale Verteilung der Bundesmittel zur Finanzierung der Unterbringung und Betreuung der ukrainischen Flüchtlinge in den Kommunen Stellung nehmen zu können.

Aufgrund der Kurzfristigkeit der Stellungnahmefrist war keine Befassung der Verbandsorgane möglich. Aus Sicht der Geschäftsstellen ist der Vorschlag für die pauschale Verteilung der Bundesmittel zu begrüßen. Wir unterstützen ausdrücklich die Durchführung einer aktuellen Abfrage bei den Kommunen, wie viele berücksichtigungsfähige Personen zum Stichtag X in der jeweiligen Kommune anwesend sind. Wir sagen im Übrigen unsere Unterstützung zu, für diese Abfrage und das Verfahren bei den Mitgliedsstädten und -gemeinden auch über unsere Kanäle zu werben.

Die unterschiedslose Berücksichtigung der verschiedenen berücksichtigungsfähigen Personenkreise wird ebenfalls begrüßt als ein verwaltungseinfaches Verfahren. Auch die vorgesehene kurzfristige Auszahlung der ersten Tranche von 215,4 Mio. € möglichst in der ersten Maihälfte 2022 wird ausdrücklich begrüßt.

Schließlich sind wir auch damit einverstanden, eine weitere Tranche von 107,7 Mio. € auf der Grundlage einer weiteren Abfrage bei den Kommunen zu einem späteren Stichtag auszuzahlen. Die Auszahlung im Juni 2022 ist in Ordnung.

Wir begrüßen im Übrigen die mündliche Zusage aus der o.g. Besprechung, auf ein Verwendungsnachweisverfahren zu verzichten.

Wir weisen jedoch bereits jetzt darauf hin, dass die sehr pauschale Verteilung der Mittel in Tranche 1 und 2 die stark abweichenden Kosten unterschiedlicher Unterbringungsformen nicht hinreichend abbildet. Auf der anderen Seite erkennen wir aber an, dass das Land schnell und unbürokratisch die Kommunen finanziell unterstützen will und keine Zeit bleibt, für Versuche, eine zielgenauere Verteilung der Mittel zu erreichen. Der letzten Tranche in Höhe von 107,7 Mio. € kommt daher eine besondere Bedeutung zu, Härten durch die pauschale Verteilung abzumildern. Insoweit sehen wir auch eine Pflicht des Landes, über die Bundesmittel hinaus originäres Landesgeld nachzuschießen.

Hinsichtlich der Verteilung der Mittel für belastungsbezogene, gezielte Förderung der Kommunen in gesonderten Bereichen bitten wir, frühzeitig auch das Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden zur Definition der Verteilparameter zu führen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Stefan Hahn', with a stylized flourish at the end.

Stefan Hahn